



Wortführer Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11/2 Sgr. Inseritionsgebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Pettschaft 1/4 Sgr.

Erpedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 248. Mittag-Ausgabe.

Verlag von E. W. Trowendt.

Freitag, den 30. Mai 1862.

## Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

**Petersburg, 29. Mai.** In gut unterrichteten Kreisen wird versichert, daß der Großfürst Constantin, ältester Bruder des Kaisers, unter Beistand des Markgrafen Wielopolski als Statthalter nach Warschau gehen werde.

**London, 28. Mai.** Mit dem Dampfer „Etna“ eingetroffene Berichte aus New York vom 16. d. M. melden, daß Thompson, ein Offizier aus dem Generalkorps Beauregard's, im Lager der Unionisten mit einer weißen Fahne erschienen sei. Die Federkisten hatten Penascola genommen.

**London, 29. Mai.** Die heutige „Times“ sagt: Die in London abgeschlossene Convention beweise, daß die Allirten Mexiko zu regenerieren bezweckten, nicht bloß eine Entschädigung zu erlangen. Frankreich verfare loyal; wir wollen ihm Erfolg wünschen und nicht auf denselben eifersüchtig sein.

**London, 29. Mai.** Mit der Ueberlandspost eingetroffene Nachrichten aus Bombay vom 12. d. M. melden, daß die Krisis in Afghanistan beendet sei. Persien und Ost-Indien sind über die Lösung der Frage betreffs Ferraß übereingekommen.

**Warschau, 28. Mai.** Gestern hat die erste Zusammenkunft des Municipalrates unter Vorsitz des Stadtpräsidenten Boyda stattgefunden. Unter andern Mitgliedern waren anwesend, Zamoycki, Schlenker, Lewinski, Zichlinski, Krajewski, Natanson.

**Turin, 28. Mai.** Man glaubt, daß Lavalette nicht mehr nach Rom zurückkehren werde.

**Turin, 27. Mai.** Die Wiedereröffnung der Kammern hat heut stattgefunden. Der Finanzminister wird eine Ergänzung zum Budget von 1862 vorlegen, um die Eröffnung von Supplementkrediten während der Kammervakanzen zu vermeiden. — Die offizielle Zeitung widerlegt die Nachricht, daß der mit der Affaire von Brescia betraute Untersuchungsrichter Garibaldi Details in dieser Beziehung geliefert habe. — Die Rente steht 71, 30.

**Turin, 28. Mai.** Eine Depesche aus Neapel bringt folgende Neuigkeiten: Da die Offiziere der 4. Legion der Nationalgarde gegen das Benehmen der 3. bei Gelegenheit der Demonstration vom 20. d. M. protestirt haben (vergl. Marseille, den 27.), hat der General Lamarmora die Auflösung der 4. Legion befohlen. Die 4. Legion hat ihre Waffen niedergelegt, sich mit dem zugehenden Verlangen begnügt, daß die Fahne im Quartier bliebe. Unter dem Ruf des Volkes: „es lebe der König!“ hat die erste Legion die Wachen des Quartiers bezogen. — Um einen Versöhnungspakt zu begehren, hat Garibaldi auf ein Schreiben von M. Duon geantwortet: er vertraue, daß der Prozeß volles Licht auf das werfen würde, was sich zu Brescia zugetragen. — Eine Falschmünzergilde, die sich mit der Anfertigung von falschen Bankbillets beschäftigte, ist zu Bistotia entdeckt worden.

**Turin, 27. Mai, Morgens.** Garibaldi befand sich heute früh zu Lecce und begibt sich morgen nach Como. Laut Berichten aus Neapel ist die Haupt-Mäuerbande, welche das Land unsicher machte, vernichtet worden.

**Vissalon, 26. Mai.** Die Deputirtenkammer hat den Gesetzentwurf in Betreff des von den barmherzigen Schwestern zu ertheilenden Unterrichts angenommen.

**Petersburg, 27. Mai.** Nach dem neuesten Bank-Ausweis beträgt die Metall-Einnahme 1,150,000, die Metall-Ausgabe an Private 188,000, an die Regierung 350,000 S.-R. Der Baarbestand beläuft sich auf 93,500,000, die Noten-Ausgabe auf 708,000,000 S.-R.

**Paris, 28. Mai.** Nach Berichten aus Petersburg soll Baron Bubberg Herrn von Kisselev in Paris abhören, Labanow nach Berlin und General Ignatjew nach Konstantinopel gehen.

**Paris, 28. Mai.** Der „Moniteur“ kündigt an, daß der Prinz Carignan vom Kaiser und der Kaiserin empfangen worden ist. — Nach einer madriider Depesche vom 27ten hatte der Marineminister der Deputirtenkammer erklärt, daß er die Erbauung von sieben mit Mlenkungen versehenen Freegatten anbefohlen habe. Man erwartet binnen Kurzem die Mittheilung der Mexiko betreffenden Aktenstücke. Die spanische Presse ist einmüthig in der Zurückweisung des „Patrie“-Artikels. — Nachrichten aus Portugal melden, daß 2000 Insurgenten zu Mourou von den Truppen zurückgeschlagen worden sind.

**Paris, 28. Mai.** Man meldet aus Athen unter dem 27ten, daß der Präsident die Kammer im Namen des Königs eröffnet hat. Es wird ein Gesetz über Errichtung der Nationalgarde vorgelegt werden, dem italienischen Gesetz nachgebildet. Auch ein Wahlgesetz ist angekündigt, die Wiederherstellung des allgemeinen Stimmrechts enthaltend.

**Marseille, 27. Mai.** Nachrichten aus Neapel vom 24. melden: Am 20. fand eine lebhaft garibaldische Demonstration statt. Die Nationalgarde trat mit Energie dagegen auf. Die politische Amnestie ist aufgeschoben worden. Auch zu Salerno fand eine Demonstration statt, an welcher Nationalgardisten und Kapuziner theilnahmen.

**Brüssel, 28. Mai.** Die „Independance“ theilt mit, daß Lavalette heute nach Rom abreise, und daß General Montebello an Stelle des General Goyon den Oberbefehl über das Occupationscorps in Rom erhalten werde. (Eine Depesche aus Turin vom 28. d. M. d. g. meldet: „Man glaubt, daß Lavalette nicht mehr nach Rom zurückkehren werde.“)

**London, 27. Mai.** Die Agentur Reuter bringt folgendes Telegramm aus Rom vom 24.: Thouvenel hat an Antonelli eine Note gerichtet, diesen versichernd, daß Frankreich nie den gegenwärtigen Stand der römischen Frage ändern würde. Thouvenel fordert den Papst auf, mehr Vertrauen in die Regierung des Kaisers Napoleon zu setzen.

**Mostar, 26. Mai.** Vorgehen rüde Derwisch Pascha von Bilec, wo er die Truppen concentrirte, nach Banjanti, und bivouacirt seit gestern, den der Uebermacht weichenen Feind verfolgend, auf montenegrinischem Gebiete. Ferit Salih Pascha ist hier angekommen. Ueber den noch immer gerüchtweise behaupteten Fall von Niksch gelangte keine authentische Nachricht; es sollen im Gegentheile die Montenegriner, mehrseitig bedroht, jene Gegenden verlassen haben. Von der albanesischen Seite meldet man die Einnahme von Passowich durch die Türken. Omer Pascha soll demnächst eine Expedition persönlich leiten. (Zum Theil schon gemeldet.)

## Breslau.

**Breslau, 28. Mai.** [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Geheimen Justizrath Professor Dr. Ditzsch zu Berlin den rothen Adlerorden dritter Klasse, dem bisherigen Consul in Damaskus, Dr. Wegstein zu Berlin, den rothen Adlerorden vierter Klasse und dem Lehnshulzen Struck zu Tetz im Kreise Seltow das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; den seitherigen Superintendenten Jaedel in Bronke zum Consistorial-, Regierungs- und Schulrath zu ernennen; dem zweiten Baderath, Sanitätsrath Dr. Engelmann in Kreuznach den Charakter als Geheimen Sanitätsrath, und dem praktischen Arzt u. Dr. Leopold in Bernstein den Charakter als Sanitätsrath zu verleihen.

Der königl. Hof legt morgen für Ihre königl. Hoheit die Großherzogin von Hessen und bei Rhein die Trauer auf vierzehn Tage an.

Dem Consistorial-, Regierungs- und Schulrath Jaedel ist die Stelle eines evangelischen Geistlichen und Schulrathes bei der Regierung in Bosen übertragen worden. — Der praktische Arzt, Wundarzt und Geburtshelfer Dr. Cüppers zu Linz ist zum Kreisphysikus des Kreises Cochem ernannt worden. — Die Anstellung des Dr. Müncher als ordentlicher Lehrer am Gymnasium zu Guben ist genehmigt worden. — Am Gymnasium zu Salzweidel ist die Anstellung des Schulamts-Candidaten Knaake als ordentlicher Lehrer genehmigt worden. — Am Gymnasium zu Wittenberg ist die Beförderung des Adjuncten Adolph Müller zum ordentlichen Lehrer genehmigt worden. (St. Anz.)

**K. C. Berlin, 28. Mai.** [Der vorgestern im Hause der Abgeordneten eingebrachte Entwurf eines Passgesetzes] liegt gedruckt vor. Derselbe ist, wie der Minister des Innern angegeben, eine genaue Wiederholung des in der vorigen Session eingebrachten; Passcontrolle und Passzwang werden gänzlich beseitigt; die Gutachten der Regierungen und des bethenden Polizeipräsidiums sind der Beseitigung günstig gewesen; bei dem mächtigen Aufschwung des Verkehrs ist eine Aufrechterhaltung der bisherigen Beschränkungen ungerechtfertigt; es ist nicht gerechtfertigt, Jedermann einen Verdächtigen unter polizeiliche Controlle zu stellen, um den wirklich Verdächtigen desto leichter ermitteln zu können. Es tritt noch der gewichtige Umstand hinzu, daß der Nutzen dieser Passcontrolle ein sehr problematischer ist. „Dazu kommt der, schwerfällige und kostspielige Apparat, welcher die Polizeibehörden zu einem erheblichen Aufwande von Zeit und Arbeitskräften nöthigt.“ Ferner kann die Passcontrolle nicht mehr in einer ihrem Zweck entsprechenden Weise gehandhabt werden. So ergibt sich, daß „der im Pass-Gesetz in Verbindung mit der Passcontrolle vorgeschriebene Passzwang die Interessen des Staats, wie der Reisenden erheblich beeinträchtigt, mit dem Geiste der auf die Entwidlung der persönlichen Freiheit gerichteten neueren Gesetzgebung nicht im Einklange steht, zur Erreichung des beabsichtigten Zweckes nicht mehr geeignet und in der vorgeschriebenen Art unausführbar ist.“ „... Aber nur mit einer Maßgabe wird die Aufhebung erfolgen dürfen, daß die, wie von selbst einleuchtet, im polizeilichen Interesse unerlässliche Verpflichtung der Reisenden, sich über ihre Person auf amtliche Erfordern auszuweisen, stehen bleibe, eine Verpflichtung, die nach § 12 des Pass-Gesetzes bei Reisen im Inlande dem vom Passzwange befreiten Ausländer obliegt. Daß diese Pflicht, welcher im polizeilichen Interesse, sowie in dem der Armenpflege die Verpflichtung, über die Mittel zum Unterhalte sich auszuweisen, gleichsteht, an die Stelle der Passpflicht trete und ausdrücklich ausgesprochen werde, ist fast von sämmtlichen Regierungen besürwortet worden.“ Eine Repressalie gegen die Angehörigen solcher Staaten zu üben, die noch Passzwang haben, ist als unmotivirt bezeichnet; vielmehr wird gehofft, daß das Beispiel Preussens Nachfolge finden werde. Der von mehreren Seiten gemachte Vorschlag, die Passpflicht für wandernde Handwerksgelegen beizubehalten, ist abgelehnt, weil es nicht ausreichend gerechtfertigt erschien, eine so große Anzahl von Staatsangehörigen, welche zur Erwerbung des Unterhalts auf ihrer Hände Arbeit angewiesen sind und daher jede Hemmung in der Freiheit ihrer Bewegung schwer empfinden, von der Wohlthat des Gesetzes auszuschließen und hinter andern arbeitstüchtigen Reisenden zurückzustellen, theils weil die Befristung der Wanderpässe sich als eine den Zweck sichernde Maßregel nicht bewährt hat.“ Als Beispiel der bisherigen Belästigung ist angeführt, daß in Berlin im Jahre 1860 allein 39,304 Wanderpässe durchreisender Gesellen visirt worden sind.

[Die Adress-Commission] des Hauses der Abgeordneten hat heute ihre zweite Sitzung gehalten. Alle Minister, mit Ausnahme des Prinzen zu Hohenlohe und des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, waren erschienen. Die Frage, ob eine Adresse zu erlassen sei, wurde — vorbehaltlich des näheren Inhalts — mit 20 gegen 2 Stimmen bejaht. Ein von den eif. Mitgliedern der Commission, welche der deutschen Fortschrittspartei angehören, eingebrachter Gegen-Entwurf unterscheidet sich von dem Sybelschen Entwurf wesentlich nur durch die vollständige Beseitigung auf die rein inneren Fragen, durch Weglassung des mittleren Theiles des Sybelschen Entwurfs, welcher die Passus über die Militärfrage, den französischen Handelsvertrag, die heftige Frage, die Militärconventionen, die Flotte u. s. w. umfaßt; die übrigen Abweichungen sind mehr redactionell. Am Schluß einer längeren Generaldiscussion über den Inhalt der Adresse hat sich herausgestellt, daß die einzige Differenz, welche die beiden hauptsächlich in der Commission vertretenen Parteien trennt, die ist, ob die heftige Frage erörtert werden soll oder nicht; in Bezug auf die eventuelle Fassung des streitigen Passus ist Aussicht auf baldige Verständigung. Die Entscheidung dieser Frage ist bis zur Entgegennahme der Ausschlässe der Regierung ausgesetzt; da der Minister des Auswärtigen, der heute durch Unwohlsein verhindert war, in der Sitzung zu erscheinen, den Wunsch ausgesprochen hat, diese Ausschlässe selbst zu geben, so ist die Erörterung des streitigen Passus bis Freitag verschoben. Heute Abend wird die Commission sich mit den inneren Fragen beschäftigen, resp. die betreffenden Eröffnungen der Ressort-Minister entgegennehmen. Bisher haben sich die Minister ihre Erklärungen für die Special-Discussion vorbehalten.

**Berlin, 28. Mai.** [Nachwahl.] Bei der heutigen Nachwahl im hiesigen ersten Wahlbezirk wurden 492 Stimmen abgegeben; absolute Majorität 247. Es erhielten: Kammergerichtsrath v. Herford 399 Stimmen, Stadtsyndikus Dunder 85, Fabrikant Bergmann 4, General v. Brandt 4. Die Fortschrittspartei hat also ihren Kandidaten mit sehr großer Majorität durchgebracht. Herr v. Herford erklärte auf die Anfrage des Wahl-Commissarius, daß er die Wahl annehme. Die militärischen Wahlmänner waren nicht erschienen.

**Berlin, 28. Mai.** [Die Wahlmänner des zweiten hiesigen Wahlkreises] waren gestern am Dienstag Abend in Annim's Hotel versammelt, um, nachdem Dr. Johann Jacoby in Königsberg die in diesem Kreise auf ihn gefallene Wahl zum Mitgliede des Abgeordnetenhauses abgelehnt hatte, über eine anderweitige Wahl sich zu verständigen. Nachdem Hr. Dr. Trappert, welcher interimistisch den Vorsitz übernommen hatte, diesen Zweck kurz erörtert, berichtete Hr. Justizrath Volkmar über die von vielen Wahlmännern des Wahlkreises an Dr. Jacoby erlassene Adresse, um denselben zur Annahme der Wahl zu bewegen, und über den Erfolg, den diese, sowie die Bemühungen der Deputation, die zu gleichem Zweck nach Königsberg gegangen, gehabt. Derselbe ist bekannt, und wir tragen daher dem bekannten Ablehnungsschreiben Jacoby's aus dem Berichte nur folgendes nach. Nachdem er (Jacoby) auf eine Anfrage der breslauer Wahlmänner erklärt habe: die Annahme der Wahl sei Pflicht, dennoch aber seine Candidatur durch motivirte Tagesordnung dort beseitigt worden, habe er annehmen zu müssen geglaubt, es sei die Ansicht der Fortschrittspartei, sein Eintritt in das Abgeordnetenhause sei dem Lande nicht ersprießlich. Mögen nun auch seine Gründe zu einer Ablehnung der Wahl in Berlin irrig gewesen sein, habe er die Sachlage hier auch nicht richtig aufgefaßt, so habe er, ganz davon abgesehen, an seinen in den Berliner Depeschen abgegebenen Erklärungen dennoch festhalten müssen, und wenn ihn dieserhalb ein Vorwurf treffen solle, so sei es besser, daß man ihn des Eigenwillens, als des Wandelmtüthes zeihle. Daß viele Wahlmänner um deswillen gegen ihn gestimmt, weil er bestimmt erklärt: er würde für diese Session nicht annehmen, habe ihn belehrt, daß seine Wahl die Einigkeit in diesem mit männlichem Muth vorangeschrittenen Wahlkreise nicht getrübt habe. Er bitte, dem Wahlkreise zu sagen, daß trotz seines Ablehnens der Zweck der Wahl dennoch erreicht sei. Er habe der Hauptstadt des Landes und namentlich dem Wahlkreise zu danken, daß der Bann gelöst, den er wahrlich nicht verschuldet habe. Sollte für die zweite Session der Legislaturperiode ein Mandat frei werden, dann werde er eine Wahl nicht ablehnen, er werde dann diesen Wahlkreis bitten, daß er ihn zu seinem Abgeordneten wähle.

\* **Berlin, 28. Mai.** [Guter offizieller Rath.] Einen Artikel über die Vorlagen des Ministeriums schließt die „Sternzeitung“ mit den Worten: „Hat die Regierung Sr. Majestät dem Landtage in den erwähnten Vorlagen sowohl den Beweis persönlichen Entgegenkommens, wie ein reiches Material für eine dem Landeswohl ersprießliche Thätigkeit geboten, so wird — wir sprechen diese Hoffnung wiederholt und zuversichtlich aus — auch das Abgeordnetenhause es als Pflicht erkennen, sich auf dieser Bahn zu folgen. Wenn alle Parteien das gute Einvernehmen zwischen der Regierung Sr. Majestät und der Landesvertretung als eine Grundbedingung für die Wohlfahrt des Staats erkennen, so hat nun auch das Abgeordnetenhause zu beweisen, daß es seinerseits dieses Bekenntnis zur Richtschnur seines Handelns nimmt. Die mindeste Forderung, welche man an das Abgeordnetenhause stellen darf, ist die, daß es die Rätze der Krone nicht nach vor-gesagten Meinungen, sondern nach ihren Maßnahmen beurtheilen möge.“

**Berlin, 29. Mai.** [Zu den Wahlen.] Im ersten hiesigen Wahlbezirk war bekanntlich auch der frühere Abgeordnete für den neustettiner Wahlkreis, Herr Bauck, als Kandidat aufgestellt. Aus der letzten Vorerfassung der Wahlmänner der Fortschrittspartei erwählten wir noch, daß derselbe die Candidatur durch folgendes Schreiben an Herrn Dr. Loewe abgelehnt hatte:

„Jagertow, den 25. Mai 1862. Hochgeehrter Herr! Auf die mir durch Sie, als Vorsitzenden des Comite's des ersten Berliner Wahlbezirks zugegangene Aufforderung der, der deutschen Fortschrittspartei angehörigen Wahlmänner, mich über meine im dortigen Wahlbezirk in Aussicht genommene Candidatur auszulassen, erlaube ich mir nachstehend ergehen zu erwidern: So ehrenvoll auch das Vertrauen ist, welches mir die Herren Wahlmänner durch die Unterstützung meiner Candidatur bewiesen haben, so halte ich es doch für meine Pflicht, diese Ehre dankend abzulehnen. Denn da mir bereits im zweiten Berliner Wahlbezirk, bei der letzten Wahl so ehrende Beweise von Vertrauen gegeben sind, so daß ich hoffen kann, bei der abermaligen Nachwahl daselbst als Kandidat festgehalten zu werden, würde es undankbar, auch wohl anmaßend von mir erscheinen, wollte ich noch in einem anderen Bezirke als Kandidat auftreten. Vielleicht würde mir dann mit Recht der Vorwurf gemacht werden können, ich habe durch mein Auftreten Zwiespalt in den Wahl-Kreis gebracht, welcher Vorwurf mir in Bezug auf den zweiten Wahlbezirk wahrlich mit Unrecht gemacht ist; denn da Herr Dr. Jacoby zweimal abgelehnt hatte, konnte ich nicht annehmen, daß schließlich dessenungeachtet seine Candidatur festgehalten werden sollte. Ich verzichte daher auf die Ehre, Vertreter Ihres Wahlbezirks zu werden, zumal, wie ich erfahren, noch andere Männer von alter bewährter Gesinnung und hervorragenden Talenten, denen mich gleichzustellen ich durchaus nicht wage, als Kandidaten in Vorschlag gebracht sind. Indem ich Sie bitte, den geehrten Wahlmännern für das mir bewiesene Vertrauen meine aufrichtige Dankbarkeit zu versichern, bin ich mit der größten Hochachtung ergehen Vaud.“

Graf E. Reichenbach hatte unterm 26. Mai ebenfalls an Fr. Loewe geschrieben; die auf seine Candidatur bezügliche Stelle dieses Briefes lautet:

Hochgeehrter Herr! Ihr Schreiben vom 23. d. Mts. hat mich außerordentlich überrascht, da ich nicht erwartete, daß sich die Aufmerksamkeit einer Berliner Wählerchaft auf mich richten würde. Möchte nun die Aussicht auf einen Erfolg meiner Candidatur auch wirklich nicht groß sein, so hat es doch schon etwas zu Verlorendes überhaupt nur vor einer Wählerchaft Berlins sich bewerben zu dürfen, als daß ich nicht schon auf Ihr erstes Schreiben nach Berlin gekommen wäre, ohne erst noch einen Ruf durch den Telegraphen abzuwarten, wenn die Zeit nicht bereits zu kurz wäre. — Ich wohne hier etwas entfernt von der Poststation und schide nicht jeden Tag zur Post; Ihr Brief kam daher erst den 26. in meine Hände, ich hätte deshalb schnellstens nicht eher als mit dem Frühzuge den 28. in Berlin eintreffen können, das ist, so viel ich aus den Zeitungen sehe, der Wahltag selbst, also wäre ich jedenfalls zu spät gekommen. — Ich glaube durch diese Darlegung mein Nichterscheinen in Berlin vollständig entschuldigt zu haben.“

[Prediger Hengstenberg.] Die „B. B. Z.“ schreibt: Die „Kreuzzeitung“ enthält in ihrer heut Abend erschienenen Nummer eine Dementirung unserer Notiz, daß der Prediger Hengstenberg von Sr. Majestät wegen der bekannten Predigt bei dem, der Eröffnung des Landtages im Dome vorhergegangenen Gottesdienste, einen Verweis erhalten habe. Wir sind in der Lage, die Richtigkeit unserer Notiz auch heute durchweg aufrecht erhalten zu können.

**Berlin, 28. Mai.** [Vom Hofe.] Se. Majestät der König beehrte gestern Mittag den erkrankten Vorsitzenden des Staatsministeriums, Prinzen zu Hohenlohe, mit einem Besuch. — Se. Majestät der König und Se. königl. Hoheit der Prinz Karl erschienen gestern Abends mit Sr. königl. Hoheit dem Prinzen Oskar von Schweden in der Oper. Des Königs Majestät verließ etwa 9 Uhr das Haus und begab sich in das Hotel des Staatsministeriums, woselbst seit 7 Uhr die Minister zu einer Berathung versammelt waren. Se. Maj. der König wohnte der Sitzung bei und schied von dem Vorsitzenden des Staatsministeriums, Prinzen zu Hohenlohe-Zingeltingen, mit den besten Wünschen für seine baldige Wiederherstellung. — Se. Maj. der König begab sich heute Morgen nach 7 Uhr zur Begrüßung Ihrer kaiserl. Hoheit der Großfürstin Helena, höchstselbst heute früh 5 1/2 Uhr mit dem königsberger Schnellzuge von St. Petersburg hier eintraf und um 7 1/2 Uhr über Leipzig zur Kur nach Karlsbad weiter reiste, nach dem Anhaltischen Bahnhofe und kehrte demnächst nach dem königl. Palais zurück.

— Se. königl. Hoheit der Prinz Oskar von Schweden, höchstselbst heute früh nach Stettin abreiste, nahm vor der Abreise dahin noch die Anlagen des Invaliden-Parks in Augenschein. In Stettin schiffte sich Se. königl. Hoheit in das dort bereit liegende schwedische Post-Dampfschiff „Skene“ ein, welches höchstselbst nach Stockholm zurückfährt.

— Se. Durchlaucht der interimistische Vorsitzende des Staatsministeriums, Prinz zu Hohenlohe-Zingeltingen, begiebt sich heute Abend auf den dringenden Rath seines Arztes, des Generalarztes Dr. Boeger, nach Roschentin, um dort Besserung seines leidenden Zustandes zu erlangen. Während der Abwesenheit Sr. Durchlaucht wird der Finanzminister von der Heydt den Vorsitz im Staatsministerium führen. (Vergl. die telegr. Depesche im gestr. Morgenblatt.) Die „Kreuzzeitung“ bemerkt hierzu: Der interimistische Vorsitzende des Staats-Ministeriums, Prinz zu Hohenlohe-Zingeltingen, der bekanntlich aus Rücksichten für seinen Gesundheitszustand diese Stellung nur für die Dauer von drei Monaten übernommen hatte, wünscht demnächst derselben wieder entzogen zu werden.

\*\* **Berlin, 29. Mai.** [Angebliches Attentat auf den König.] — Vorladung des Fräulein Uffing. — Dr. Engel — Krankheit der Prinzessin Friedrich Karl. — Die Militärwahlen und die 500 Thlr. der „Kreuzzeitung.“ Gestern ist, wie man erzählt, schon wieder ein Mensch verhaftet und der Staatsanwaltschaft übergeben worden, weil er angeblich zu einem Attentat auf Se. Majestät gedungen sein wollte. Seine Selbstdenunciation soll sich jedoch bei der näheren Prüfung der Sache sofort so klar als eine Mystifikation und Fabel ergeben haben, daß die Staatsanwaltschaft Anstand genommen hat, gegen den Menschen weitere Schritte zu veranlassen. Es soll ein junger Mann sein, welcher aus seiner Heimath in der Provinz Posen hierhergekommen, ohne ausreichende Subistenzmittel hier sehr bald in eine so verzweifelte Lage gerieth, daß er einen Selbstmordversuch gemacht und der, als sein Vorhaben vereitelt worden war, jedenfalls die fabelhafte Attentatsgeschichte erfunden hat, um irgend welche persönliche Zwecke damit zu erreichen. — Die Untersuchungsabtheilung des hiesigen Stadtgerichts ladet die Schriftstellerin Rosa Ludmilla Uffing zum 4. August d. J. edictaliter vor, um sich gegen die Anklage zu verteidigen, welche die Staatsanwaltschaft gegen sie auf Grund der von ihr herausgegebenen Barnhagen'schen Tagebücher wegen Beleidigung des Königs, der Königin und des ehemaligen Polizeidirectors Dunder erhoben

hat. — Fel. Assing befindet sich — wie man hört — gegenwärtig in Italien und dürfte wahrscheinlich keine Veranlassung haben, dieser Edictal-Citation Folge zu leisten. — Wer hätte aber jemals gedacht, daß der berühmte patriotische Aristokrat, Wagners von Enje, noch aus seinem Grabe heraus citirt werden würde, um sich über die geheimen Urtheile seines Innern zu verantworten. — Der Director des königl. statistischen Bureaus, Geh. Rath Dr. Engel, hat sich heute im amtlichen Auftrage nach London begeben. Er wird dort ebensoviele der Ausstellung seine Aufmerksamkeit widmen, als auch an den im Anfang Juni dafselbst stattfindenden sozial- und national-ökonomischen internationalen Congressen Theil und auf der Rückreise von der Pflege der amtlichen Statistik in den westlichen Provinzen spezielle Kenntniss nehmen. — Wie der „B. B. Z.“ aus Dessau geschrieben wird, ist die Prinzessin Friedriche Carl, welche bekanntlich um der Hochzeit ihrer Cousine, der Prinzessin Batholdis, beizuwohnen, sich seit einigen Tagen dort aufhält, nicht unerheblich erkrankt. Die hohe Frau hat in Folge allzu heftiger Bewegung, die vielleicht durch die Reise und den dortigen Aufenthalt veranlaßt wurde, eine um zwei Monate verfrühte und daher leider erfolglose Niederkunft gehabt, doch soll eine Gefahr für dieselbe nicht mehr zu fürchten sein. — Bekanntlich hatte ein Unbekannter in der „Kreuzzeitung“ 500 Thaler versprochen, wenn es Jemandem gelänge, Gesetzsverletzungen in Beziehung auf die hiesigen Militärmahnen nachzuweisen. Darauf forderte ein Jurist in der „National-Zeitung“ diesen „Unbekannten“ der „Kreuzztg.“ auf, die 500 Thlr. für einen wohlthätigen Zweck zu deponiren, da er — der Jurist der „Nationalztg.“ — ihm solche Verletzungen des Gesetzes nachweisen werde. Zur Beurtheilung schlug er ein von beiden Theilen gewähltes Schiedsgericht vor. Aber der Unbekannte der „Kreuzztg.“ deponirte nicht. Heute schreibt nun der Justizrath Bogler in Berlin an die Redact. der „Nationalztg.“: „In dem von der Redaction der „Kreuzztg.“ Ihnen und dann mir zugestellten Schreiben, dessen Unterschrift auf Anordnung des Verfassers abgerissen ist, verspricht derselbe wiederholt an ein Krankenhaus, und zwar an das zu Züllichow in Pommern errichtete, 500 Thlr. zu zahlen, wenn eine Verletzung der Wahlordnung bei den hiesigen Militärmahnen nachgewiesen wird. Er will nur nicht deponiren, und zunächst dem Herrn Redacteur der „Kreuzztg.“, seinem Mandatar — wie er sagt, — den Nachweis führen lassen. Allerdings kann ich nicht mit ihm, der im Incognito beharrt, in der Deposition eine unwürdige, sondern nur eine ganz passende Zumuthung finden, auch nicht das Urtheil seines Mandatars gelten lassen.

Dennoch bitte ich Sie, schon jetzt den von mir geführten (beilegenden) Nachweis mit diesem Schreiben unter meinem Namen, — den ich in einer öffentlichen Angelegenheit nicht verfechten mag, — in Ihre Zeitung aufnehmen zu lassen. Entweder wird der Hr. Redacteur der „Kreuzztg.“ dadurch erwiesen halten, daß wenigstens in einer Stelle die Wahl-Verordnung bei den hiesigen Militärmahnen verletzt ist, und in diesem Fall, wie der Unbekannte in Aussicht stellt, über Zahlung der 500 Thlr. an das Krankenhaus die Quittung mir zugehen lassen; oder der Herr Redacteur der „Kreuzzeitung“ läßt sich von dem Nachweis nicht überzeugen, dann gewärtige ich die ihm überlassene Wahl eines zweiten Schiedsrichters. Nach dem Wunsch des Prolocanten, der bei Differenz der Schiedsrichter über die Wahl des Obmanns das Oberg. Tribunalen Hr. Dr. Bornemann, der in der Rechtswissenschaft eine mit seiner richterlichen gleich hohe Stellung einnimmt.“ Es folgt nun der Beweis, daß in mehreren Punkten das Wahlgesetz verletzt worden sei, demungeachtet würden wir das Krankenhaus zu Züllichow bedauern, wenn es die 500 Thlr. in seinen Etat schon aufgenommen hätte.

[Dem Polizei-Oberst Paßke] ist die in seinem bekannten Prozesse über ihn verhängte vierwöchentliche Gefängnißstrafe in diesen Tagen im Wege der Gnade erlassen worden.

Deutschland.

Frankfurt, 26. Mai. [Zur Stimmung in Kurhessen.] Gestern war seit zwölf Jahren zum erstenmal eine Versammlung kurhessischer Männer auf kurhessischem Gebiet (Maintur). Hanau und umliegende Orte, Bodenheim und Frankfurt waren vertreten. Man sprach unverblümt die Ansicht aus, daß der Verfassungskrieg jetzt erst beginne, aber auch die feste Absicht, keinen Fuß breit zurück zu weichen, mag kommen, was da wolle. Die Versammlung war der Polizei nicht angezeigt; ein Gendarm paradierte aber während des ganzen Mittags vor dem Hause.

Auch das Appellations-Gericht hat die von der kurhessischen Regierung gegen den Redacteur des „Frankfurter Journals“ erhobene Anklage wegen Verleitung zur Steuer-Verweigerung zurückgewiesen. Der Ober-Saatsanwalt hat darauf die Nichtigkeitbeschwerde an die dritte Instanz angezeigt. (Zeit.)

Stuttgart, 25. Mai. [Berichtigende Erklärung.] Der „Württembergische Staats-Anzeiger“ enthält Nachfolgendes: „Nach einem Artikel in der Nummer 120 des „Neuen Tagblattes“ soll sich hier das Gerücht von einem nahe bevorstehenden Besuche Ihrer Maj. der Kaiserin Eugenie am hiesigen Hofe verbreitet haben, wobei angeführt wird, daß dieser Besuch mit einer beabsichtigten Verbindung des Prinzen von Dranien und der Prinzessin Anna Murat in Beziehung gebracht werde. Wir befinden uns in der Lage, den Inhalt jenes Gerüchtes, sowohl in der einen als in der anderen Richtung, als völlig aus der Luft gegriffen und jeden Grundes ermangelnd zu bezeichnen.“

Kassel, 27. Mai. [Die Situation] ist im Augenblick noch unverändert. Daß der Kurfürst die Nothwendigkeit eines Ministerwechsels erkannt hat, scheint richtig zu sein, wenigstens haben Beratungen in der Richtung stattgefunden, ob der Wechsel in liberalem oder konservativem Sinne zu erfolgen habe, und es wird auch auf glaubhafte Weise versichert, daß die jetzigen Minister ihre Entlassung verlangt haben; allein sie sind noch im Amte. Die Gesandten Oesterreichs und Baierns sollen nachdrücklich den Wechsel, in welchem Sinne, weise ich nicht, begehrt haben; Hr. v. Baumbach, der bisherige Gesandte in Berlin, soll zu einem liberalen, Hr. v. Heßberg, der kurhessische Bundestagsgesandte, zu einem konservativen Ministerium gerathen haben. — Dem Vernehmen nach wird der Kurfürst in aller Kürze nach Bad Teplitz abreisen. — Dr. Friedrich Dettler ist seit einigen Tagen nach Frankfurt a. M. zurückgekehrt, wo er für die gute Sache mehr wirken zu können glaubt, als im jetzigen Augenblicke hier. (N. 3.)

Oesterreich.

C. C. Wien, 28. Mai. [Die Debatte über das Concordat.] Wie bereits telegraphisch gemeldet, kam bei der Berichterstattung über die Unterhandlungen im heutigen Abgeordnetenhaus das Concordat zur Sprache. Der Vorsitzende stellte den Antrag: 1) Das Haus wolle erklären, daß es den in Art. 31 des Concordats enthaltenen Anspruch über das Eigenthumsrecht der Kirche auf den Studienfonds nicht für rechtsverbindlich zu erachten vermöge und also auch nicht anzuerkennen; 2) dasselbe wolle die Regierung ersuchen, im verfassungsmäßigen Wege zur Entscheidung zu bringen, ob nicht jene Fonds in einen Studienfonds und einen Normalschulfonds zusammenzusetzen seien, wie dies nach übereinstimmenden Gutachten der vereinigten Hofkanzlei, der Studien-Hofcommission und der Hofkammer vom 2. Mai 1844 hätte geschehen sollen. — Brofche bemerkt, daß der böhmische Landtag einen solchen Beschluß nicht für rechtsverbindlich ansehen werde (oho! oho!).

Bischof Litwinowicz: Ich protestire, daß man den Ultramontanismus aus dem Staate hinauswürt (oho!). Man will den Ultramontanismus vom Katholizismus, den Papst von der Kirche, das Concordat vom Glauben unterscheiden; allein wir protestiren, daß man uns in Theile zerlege. Es ist Thatsache, daß der Papst in Rom wohnt; deshalb sind und bleiben wir Ultramontane! Die Vorgänge der letzten Tage in diesem Hause mahnen mich, daß wir uns im Kriegszustande befinden zwischen dem Geseßgeber und der Kirche. Man sprach von Ungehörigen aus der Mythologie — die Ursache ist, daß Wenige das Concordat lesen. Männer des Volkes wissen, was Mannesehre ist? Seine Ehre hat unser Kaiser eingesezt als Pfand, daß er die Bestimmungen des Vertrages halten wolle. Präsident bemerkt dem Redner, er solle sich enthalten die Person Seiner Majestät in die Debatte einzuflechten. (Sehr gut! Bravo!) Litwinowicz: Er müßte das thun, weil das Wort des Kaisers die einzige Garantie der Kirche für die Erfüllung des Vertrages sei. Das Concordat könne nicht einseitig abgeändert werden, da Art. 35 ausdrücklich bestimme, daß alle Schwierigkeiten, welche sich der Durchführung des Tractates entgegenstemten sollten, im Wege der Vereinbarung zwischen Papst und Kaiser zu löschten seien. Oder wolle Oesterreich jetzt die mit dem heiligen Vater abgeschlossenen Verträge zerreißen, wo derselbe von allen Seiten her herabstürze? (Schwacher Beifall aus dem Centrum. Dr. Sikra bestreitet, daß das Concordat ein Staatsvertrag sei; die Ausdrücke conventio, lex status, welche in demselben gebraucht werden, sprechen dafür, daß es ein Reichsgeseß sei, und deshalb dürfe nicht der völkerechtliche, sondern der staatsrechtliche Maßstab maßgebend sein. Es gebe aber kein Geseß, kein Recht im Staate, welches nicht umgeändert werden könne. Das jus eminens des Staates überrage alle andern individuellen Rechte. Selbst die Verfassung könne geändert werden. Wie viel mehr eine Vereinbarung, welche der Papst als Oberhaupt der kathol. Kirche in Oesterreich mit dem Kaiser geschlossen habe. (Beifall.) Redner beleuchtet nun unter allgemeiner Aufmerksamkeit und dem lebhaften Beifalle des Hauses einzelne Artikel des Concordats, um zu zeigen, zu welchen ungeheuerlichen, erschreckenden Consequenzen die strenge Durchführung desselben führen würde, welche Macht auf die Schule und überhaupt auf die ganze Bevölkerung der Geistlichkeit durch dasselbe eingeräumt werde und in welche Conflicte die weltliche und kirchliche Macht durch dasselbe gerathen könne. Beispielsweise wolle er anführen, daß den Bischöfen nach dem Concordate das Recht zustehe, Professionen, Wallfahrten u. dergl. zu veranstalten, wenn sie es den kirchlichen Interessen und dem Wohle des Staates angemessen finden. Die jüngste Zeit aber habe gelehrt (Redner spielt auf die Vorgänge in Lyras an), wie die Bischöfe oft das Wohl des Staates auffassen, wie sie dieses Recht als Hebel zur Agitation gegen staatliche Institutionen benützen, um zwar mit geweihten Händen und gesalbtem Haupte, aber mit unläuterem Herzen und unreifem Verstande gegen Geseße und Verordnungen des Staates anzukämpfen. (Lebhafter Beifall.) Redner bemerkt schließlich noch, daß er seine Behauptung, das Concordat habe einem Medusenkopfe gleich im Auslande gewirkt, aufrecht erhalten müßte, und nur ein Mittel gebe es, die Uebel, welche dasselbe mit sich brachte, einigermaßen zu mildern und das wäre durch einen einzigen Geseßartikel, welcher zu lauten hätte: „Das Concordat ist außer Wirksamkeit gesezt.“ (Allgemeiner lebhafter Beifall im Hause und auf den Gallerien.) Parrer Rucyta (Pole) fordert die Regierung auf, zu erklären, inwiefern sie und das Haus von Sr. Maj. dem Kaiser ermächtigt worden sei, das Concordat zu erörtern. (Zischen links.) Redner vertheidigt hierauf unter lebhafter Unruhe des Hauses die einzelnen Artikel des Concordats, Art. 31 insbesondere. Dr. Herbst: Der Studienfonds gehöre weder dem Staate, noch der Kirche, sondern seinen — Eigenthümern. Als Eigenthümer aber fungiren verschiedene Subjecte, theils Universitäten, theils einzelne Kirchen, theils der Staat u. s. f. Die Regierung wäre daher aufzufordern, das Eigenthumsverhältniß des Studienfonds auf verfassungsmäßigen Wege zu regeln. Der Präsident erklärt, daß er die Verhandlung abbrechen müsse, weil der Finanzminister eine Mittheilung zu machen habe. Minister Plener bringt folgenden Gesetzentwurf, in Betreff der Bedeckung des Abganges im Finanzjahre 1862, im Wege des öffentlichen Credits, gültig für das ganze Reich, ein: § 1 ermächtigt den Minister, ein Anleihen im Betrage von 50 Mill. Gulden aufzunehmen, und zwar entwerber mittelst Abschließung eines Uebereinkommens mit der Nationalbank über die Herausgabe und Realisirung eines Theiles der bei derselben deponirten 123 Mill. Obligations des 1860er Anlebens; oder mittelst einer andern den Staatschaz wenigst möglich belastenden Creditoperation. Nach § 2 steht das in Folge dieses Geseßes mit der Nationalbank zu schließende Uebereinkommen nur insofern mit der Convention wegen Verlängerung des Bankprivilegiums in Verbindung, als in dem Falle, wenn aus Anlaß der Convention im verfassungsmäßigen Wege die Herausgabe eines Theiles der 1860er Obligations vereinbart wird — die durch das gegenwärtige Uebereinkommen an den Staat gelangenden Schuldverschreibungen als eine Abschlagszahlung auf die in Folge der Bankconvention zu überlassende Quote dieser Effecten zu betrachten sind. § 3 bestimmt, daß, wenn ein Vertrag über Erneuerung des Bankprivilegiums nicht zu Stande kommt, die Staatsverwaltung sich verpflichtet, an die Bank zu einem mit ihr zu vereinbarenden Zeitpunkt die Ergänzung für die Bedeckung jener 99 Mill. Schuld, für welche die 1860er Loose haften, mittelst eines vollständigen Gleichwertes für die, auf Grund des gegenwärtigen Uebereinkommens an den Staat übergegangenen Effecten zu leisten. § 4 erklärt, daß die in den Besitz des Staates gelangenden Schuldverschreibungen zu verwerthen sind und der Erlös für die Bedürfnisse des Staates zu verwenden ist. § 5 beauftragt den Finanzminister mit dem Vollzuge des Geseßes.

Breslauer Sternwarte.

Table with 5 columns: Date, Time, Magnitude, Direction, and Notes. Includes data for 28. Mai 10 U. Abds., 29. Mai 6 U. Morg., 30. Mai 6 U. Morg.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 28. Mai, Nachm. 3 Uhr. Die 3proz. eröffnete bei stiller Geschäft zu 70, 30, fiel auf 70, 22 und schloß unbelebt doch ziemlich fest zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 92 1/2 eingetroffen. — Schluss-Course: 3proz. Rente 70, 30, 4 1/2proz. Rente 86, 85, 3proz. Spanier — 1proz. Spanier 43 1/2, Silber-Anleihe — Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 321, Credit-mobiler-Aktien 826, Lomb. Eisenbahn-Aktien 595, Oesterr. Credit-Aktien — London, 28. Mai, Nachmitt. 3 Uhr. Consols 92, 1proz. Spanier 44, Mexitaner 3 1/2, Sardinier 82 1/2, 5proz. Russen 96 1/2, 4 1/2proz. Russen 90 1/2, London, 28. Mai. Mit dem Dampfer „Cina“ eingetroffene Berichte aus Newyork, 16. melden: der Wechselkurs auf London war in Newyork 113 1/2 bis 114, Goldagio 3 1/2, Illinois 62 1/2, Baumwolle rubig, 27, Getreide fester. Wien, 28. Mai, Mitt. 12 Uhr 30 Minuten. Beiderseits günstig. 3proz. Metallg. 71, 30, 4 1/2proz. Metallg. 64, —, Bank-Aktien 841, Nordbahn 211, 70, 1854er Loose 97, 25, National-Anleihe 84, 50, Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 268, —, Creditaktien 219, 80, London 131, 70, Hamburg 98, —, Paris 52, 10, Gold —, Silber —, Elisabethbahn 165, —, Lomb. Eisenbahn 287, —, Neue Loose 135, —, 1860er Loose 97, 70. Frankfurt a. M., 28. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Oesterr. Effecten im Allgemeinen bei lebhaftem Umfaze höher. Vollbezahlte neue Russen 91 1/2, —, Schluss-Course: Ludwigsbafen-Berch 134, Wiener Wechsel 89 1/2, Darmstädter Bank-Aktien 217 1/2, Darmst. Zettelbank 248 1/2, 5proz. Metall. 53, 4 1/2proz. Metall. 47 1/2, 1854er Loose 73 1/2, Oesterr. National-Anleihe 62 1/2, Oest.-Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 233, Oesterr. Bank-Anleihe 755, Oesterr. Credit-Aktien 195 1/2, Neueste öst. Anleihe 74 1/2, Oesterr. Elisabeth-Bahn 124 1/2, Rhein-Naher-Bahn 32 1/2, Mainz-Ludwigsbafen Lit. A. 125 1/2. Hamburg, 28. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Ziemlich lebhafter Umfaze in Credit-Aktien und in einigen Eisenbahnen. Schluss-Course: National-Anleihe 63, Oest. Credit-Aktien 83, Vereinsbank 101 1/2, Norddeutsche Bank 95, Rheinische 93 1/2, Nordbahn 62 1/2, Disconto 4 1/2, Wien —, Petersburg —. Hamburg, 28. Mai. [Getreidemarkt.] Weizen bleibt zu letzten Preisen gefragt, höher gehalten, ab auswärts unverändert. Roggen loco fest, ab Königsberg pr. Juni zu 78 1/2 zu kaufen. Del pr. Mai 27 1/2, pr. Juni 27 1/2. Kaffe Stimmung der Verkäufer günstiger, 2000 Sad Ca-Nabri, 27 1/2. Kaffe Stimmung der Käufer günstiger, 2000 Sad Ca-Nabri, 1000 Sad Laguna, 1200 Sad Domingo zu 7 1/2—7 1/2 verkauft. Zink 1000 Centner Sept.-Okt. 11 1/2, 1000 Ctr. 11 1/2. Liverpool, 28. Mai. (Baummolle.) 8,000 Ballen Umfaze. — Preise 1/2 höher als am vergangenen Freitage. London, 28. Mai. Getreidemarkt (Schlußbericht). Englischer Weizen zu äußersten Montagspreisen verkauft, fremder behauptet, Gerste billiger. Regen. Amsterdam, 28. Mai. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen

geschäftslos Roggen, loco unverändert, still; Terminroggen 4 Fl. niedriger. Raps October 74 1/2. Rüböl Herbst 43 1/2.

Berliner Börse vom 28. Mai 1862.

Table with multiple columns: Fonds- und Goldcourse, Ausländische Fonds, Action-Course, Wechsel-Course, Preuss. und ausl. Bank-Actien. Lists various securities and their prices.

Berlin, 28. Mai. Bei einer durchaus günstigen und animirten Stimmung hatten wir heute eine der thätigsten Börsen. Das Geschäft entwickelte sich sogleich mit der Eröffnung steigend und erhielt sich in dieser Richtung ohne alles Schwanken bis in die zweite Vorkühnhalbe hinein. Speculative Anregung war allerdings der wesentliche Factor der heutigen Gausse, die sich auf alle Effectengattungen erstreckte, gleichzeitig aber fehlte es auch nicht an erster Kaufkraft zu dauernden Anlagen. Dieses letztere Moment trat vor Allem in der Haltung der schweren Eisenbahn-Aktien hervor, von welchen kaum eine ohne ansehnliche Coursbesserung gelassen ist. Nach der Ausführung der auf diese gerichteten Kaufaufträge erlahmte auch die Speculation, und gerade dasjenige Papier, in welchem sie sich am energigsten betheiligte hatte — die isoler Eisenbahn-Aktien — gab durch einen eben so rapiden Rückgang das Signal zu einer im Allgemeinen flauereren Haltung, die, je mehr die Börse sich dem Schlusse näherte, hauptsächlich durch den Einfluß schlechterer wiener Coursmeldungen, zunahm. Hervorzuhelien ist, daß auch inländische Staatspapiere heute fester und etwas thätiger waren. Der Geldmarkt bleibt fest und ist unter 3 1/2 auch für erstes Papier nur in seltensten Ausnahmen anzukommen. (B. u. S. 3.)

Berlin, 28. Mai. Weizen loco 65—77 Thlr. nach Qualität, feiner weißbunter poln. 74 1/2—75 Thlr. ab Bahn bez., ordin. galiz. 66 Thlr. ab Bahn bez. — Roggen loco 81—82 1/2, 50 Thlr., 79—81 1/2, 49 1/2—50 Thlr. ab Bahn bez., 80—81 1/2, 50 1/2 ab Bahn bez., Mai-Juni 49 1/2—48 1/2 Thlr. bez. und Br., 1/2 Thlr. Old., Juni-Juli 48—47 1/2 Thlr. bez., Br. und Old., Juli-Aug. 47 1/2—46 1/2 Thlr. bez., Septbr.-Oktbr. 46 1/2—45 1/2 Thlr. bez. und Old., 1/2 Thlr. Br., Oktbr.-Nov. 46 1/2—45 1/2 Thlr. bez. und Old., 1/2 Thlr. Br. — Gerste, große und kleine, 34—37 Thlr. bez. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 24—26 Thlr., weißer schlechterer 25 1/2—1/2 Thlr. ab Bahn bez., Lieferung pr. Mai-Juni 24 1/2 Thlr., Juni-Juli 24 1/2 Thlr. Br., Juli-Aug. 24 1/2 Thlr. bez., Sept.-Oktbr. 24 1/2 Thlr. Br., Oktbr.-Novbr. 24 1/2 Thlr. bez. — Erbsen, Koch- und Futterwaare 48—57 Thlr. — Rüböl loco 13 1/2 Thlr. Br., Mai und Juni 13 Thlr. bez., Juni-Juli 13 1/2 Thlr. Br., 13 Thlr. Old., Juli-Aug. 13 1/2 Thlr. Br., 13 1/2 Thlr. Old., Septbr.-Oktbr. 13 1/2 Thlr. bez. und Old., 1/2 Thlr. Br., Oktbr.-Novbr. 13 1/2 Thlr. bez. und Br., 1/2 Thlr. Old. — Leinöl loco 17 1/2 Thlr. — Spiritus loco ohne Faß 17 1/2—1/2 Thlr. bez., mit Faß 17 1/2 Thlr. bez., Mai, Juni-Juli und Juli-Aug. 17 1/2—1/2 Thlr. bez. und Br., 17 1/2 Thlr. Old., Juli-Aug. 17 1/2—1/2 Thlr. bez. und Old., 1/2 Thlr. Br., August-Septbr. und Septbr.-Oktbr. 17 1/2—18 Thlr. bez., Br. und Old.

Breslau, 30. Mai. Wind: Nord-West. Wetter: schön. Am heutigen Markte fehlte es nicht an Angeboten von Getreide, mehr jedoch als Kaufkraft. Weizen fand wenig Beachtung, pr. 85 Pfd. weißer 67—81 Sgr., gelber 66—80 Sgr. — Roggen ohne Kaufkraft; pr. 84 Pfd. 50—53—57—59 Sgr. — Gerste wenig Frage; pr. 70 Pfd. 35—36 1/2 Sgr. — Hafer vernachlässigt; pr. 50 Pfd. schlechterer 25—26 1/2 Sgr. — Koch-Erbsen ohne Frage. — Widen vernachlässigt. — Bohnen rubig. — Delsaaten ohne Umfaze. — Schlaglein wenig Frage.

Table with 2 columns: Sgr. pr. Schff., Sgr. pr. Schff. Lists prices for various goods like Weizen, Gerste, Hafer, etc.

Theater-Repertoire. Freitag, den 30. Mai. (Gewöhnl. Preise.) Achtes und letztes Gastspiel der tgl. sächs. Hof-Opernsängerin Frau Jauner-Krall: „Dinorah, oder: Die Wallfahrt nach Wörmel.“ Oper in 3 Akten, nach dem Französischen des Carré und Barbier von Grünbaum. Musik von G. Meyerbeer. (Dinorah, Frau Jauner-Krall.) Sonnabend, den 31. Mai. (Kleine Preise.) Neu einstudirt: „Der Vicomte von Létorieres, oder: Die Kunst zu gefallen.“ Lustspiel in 3 Akten, frei nach Bayard von C. Blum. (Desperrières, Hr. Ubrich, vom Stadttheater zu Stettin, als Gast.) Sommertheater im Wintergarten. Freitag, den 30. Mai. (Kleine Preise.) 1) „Die Hochzeitreise.“ Lustspiel in 2 Akten von H. Venediz. 2) „15 Minuten vor'm Scheidungstermin.“ Genrebild in 1 Akt von H. Lustig. Musik von A. Conradi. 3) „Eine brillante Verlegenheit.“ Schwank in 1 Akt, nach dem Französischen von F. Denece. 4) „Ein Billet von Jenny Lind.“ Genrebild in 1 Akt von Kalich. Musik von verschiedenen Komponisten. — Anfang des Concerts um 3 1/2 Uhr, der Vorstellung um 5 1/2 Uhr.

Neue städtische Ressource. Sonntag, den 1. Juni d. J.: 5. Früh-Concert im Schießwerder. Berantwortlicher Redacteur: Dr. Stein in Breslau. Druck von Graß, Barth und Comp. (B. Friedrich) in Breslau.